

Niedersachsen ist Deutschlands führendes Energieland – mit Spitzenwerten bei Windstrom und Bioenergie, einer zentralen Rolle im Wasserstoffhochlauf und wichtiger Industrie-, Netz- und Hafeninfrastruktur. Damit Deutschland seine Klimaziele erreicht und wettbewerbsfähig bleibt, ist es essenziell, dass die neue Bundesregierung Niedersachsen als strategische Kernregion der Energiewende begreift und die richtigen politischen Weichen stellt. Die folgenden operativen Handlungsempfehlungen zeigen auf, was dringend angepackt werden sollte.

1. Finanzierung der Energiewende sichern – Stromkosten senken

Nach einer Studie des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sowie des Beratungsunternehmens Ernst & Young (EY) werden bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von rund 720 Milliarden Euro benötigt, um die Energiewende-Ziele zu erreichen. Diese Mittel sind dringend erforderlich, um den Aus- und Umbau der Energienetze, Speicher und Erzeugungskapazitäten zu realisieren. Private Investoren sind bereit, Kapital einzusetzen, doch bislang fehlt es noch an geeigneten Finanzierungsmechanismen und Planungssicherheit. Gleichzeitig müssen die Stromkosten für Verbraucher und Unternehmen gesenkt werden.

- **Attraktive Investitionsbedingungen schaffen:** Zugang zu Hybrid- und Eigenkapital verbessern und staatliche Besicherungen für Infrastrukturprojekte ermöglichen.
- **Marktbaserte Finanzierungsinstrumente entwickeln,** die risikoadäquate Renditen ermöglichen, um private Kapitalströme zu mobilisieren.
- **Senkung der Stromsteuer und weiterer Abgaben sowie Optimierung der Systemkosten,** um den Strompreis für Haushalte und Unternehmen spürbar zu reduzieren und Anreize für beispielsweise E-Mobilität sowie Wärmepumpen zu setzen.

2. Erneuerbare Energien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Erneuerbare Energien sind das Rückgrat der Energiewende und entscheidend für eine unabhängige, sichere und bezahlbare Stromversorgung. Niedersachsen als führende Windstrom-Region kann eine zentrale Rolle spielen – doch dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen.

- **Erneuerbare-Förderung reformieren:** Die Förderung erneuerbarer Energien muss reformiert und schrittweise auf eine produktionsunabhängige Finanzierung umgestellt werden, um Preisspitzen und Netzengpässe zu minimieren.
- **Direktvermarktung und Power-Purchase-Agreements (PPA) ausbauen,** um Unternehmen den Zugang zu Grünstrom zu erleichtern und eine marktorientierte Integration erneuerbarer Energien zu fördern.
- **Genehmigungen beschleunigen:** Digitale Prozesse, standardisierte Verfahren und klare Regelungen im Natur- und Artenschutz sowie die Ausweisung von ausreichend Standorten für Windenergie sind notwendig, um den Ausbau zu erleichtern.
- **Schnellstmögliche Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III),** um Genehmigungsprozesse spürbar zu beschleunigen.

3. Netzausbau und Strommarktdesign: Flexibilität erhöhen, Stabilität sichern

Niedersachsen produziert 40 Prozent des deutschen Windstroms, doch fehlende Netzinfrastruktur und ein unzureichend angepasstes Strommarktdesign führen zu Abregelungen, hohen volkswirtschaftlichen Kosten und Risiken für die Versorgungssicherheit. Ein zukunftsfähiges Energiesystem erfordert marktgerechte Anreize sowie einen gezielten, systemdienlichen Netzausbau und die schnelle Umsetzung intelligenter Netze, um Flexibilität zu erhöhen, Netzengpässe zu vermeiden und stabile Strompreise zu sichern.

- **Smart-Meter-Rollout vereinfachen und beschleunigen** sowie **Datenverfügbarkeit verbessern**, um netzstabilisierende Laststeuerung zu ermöglichen.
- **Netzausbau und Systemdienlichkeit priorisieren** und **Batteriespeicher**, steuerbare Lasten sowie **Wasserstoffproduktion** gezielt integrieren, um Abregelungen zu vermeiden und Netzstabilität zu sichern.
- **Kombinierten Kapazitätsmechanismus einführen**, um Investitionen in systemrelevante H2-ready-Kraftwerke, Speicher und flexible Lasten zu stärken und Netzengpässe zu reduzieren.
- **Eine durchgängige Digitalisierung** steigert neben der Effizienz vor allem auch die Transparenz über den tatsächlichen Erneuerungs- und Ausbaubedarf der Netze, womit unnötige Investitionen vermieden werden können.
- **Einheitliche Strompreiszone erhalten**, da eine Aufteilung vor allem niedersächsische Standorte zur Erzeugung erneuerbarer Energien benachteiligen und den Ausbau verlangsamen würde. Mittelfristig kommt es darauf an, dass die Branche ein Modell für mögliche EU-Vorgaben im Hinblick auf unterschiedliche Strompreiszonen entwickelt.

4. Wasserstoffhochlauf beschleunigen – Niedersachsen als H2-Drehscheibe

Niedersachsen verfügt über eine herausragende erneuerbare Erzeugungskapazität aus Windenergie sowohl an Land als auch offshore, eine günstige Küstenlage für Importe sowie eine zentrale Infrastruktur für den Transport in deutsche und europäische Industriezentren. Mit Projekten wie IPCEI-Elektrolyseuren, Speicherlösungen in Salzkavernen und dem Wasserstoff-Backbone schafft Niedersachsen die Basis für eine skalierbare und wettbewerbsfähige „grüne“ Wasserstoffwirtschaft.

- **Produktion von grünem Wasserstoff ermöglichen**, z. B. durch Hinwirken bei der Europäischen Kommission für eine Anpassung der Strombezugskriterien im Delegierten Rechtsakt 2023/1184 nach Erneuerbarer-Energien-Richtlinie II (RED II).
- **Dauerhafte Netzentgeltbefreiung oder -reduktion für Elektrolyseure** an netzentlastenden Standorten als Beitrag für eine systemeffiziente Wasserstoffproduktion
- **Kohärenter Finanzierungs- und Förderrahmen für Wasserstofferzeugung und -speicherung etablieren**, um Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen.

5. Wärmewende durch Förderung gezielt vorantreiben

Fern- und Nahwärmenetze sowie Wärmepumpen sind der Schlüssel für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in städtischen und ländlichen Gebieten. Um beim Ausbau der Wärmeinfrastruktur langfristig voranzukommen, bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen und Investitionsanreize, statt neuer Regulierungsdebatten.

- **Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) verstetigen (Capex und Opex)** und Schaffung eines vereinfachten, standardisierten und digitalisierten Antragprozesses
- **Weiterentwicklung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG)**
- **Weiterentwicklung der Wärmeförderung**, z.B. über ein neues KWK-Segment im zukünftigen Kapazitätsmechanismus
- **Bessere Harmonisierung der einzelnen Gesetze im Wärmesektor**, um Investitionshemmnisse abzubauen.

EWE AG EWE ist ein Versorgungskonzern im Bereich Strom, Erdgas, Telekommunikation und Informationstechnologie. Die EWE AG ist registrierte Interessenvertreterin nach dem Lobbyregistergesetz (Registernummer R001058) und folgt dem vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung beschlossenen Verhaltenskodex.

Kontakt	EWE Aktiengesellschaft Tirpitzstraße 39 D-26122 Oldenburg ww.ewe.com	Ansprechpartner Abteilung Politische Angelegenheiten Alexander von Essen alexander.vonessen@ewe.de
----------------	--	--